

GR Sissi POTZINGER

24.06.2010

A N T R A G

unterstützt durch die im GR vertretenen
Klubs von FPÖ

Betr.: Audit FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE –
 Teilnahme der Stadt Graz

Familienfreundliche Einrichtungen und Maßnahmen steigern die Attraktivität von Gemeinden und Städten signifikant. Die eigene Bevölkerung profitiert davon ebenso wie der Wirtschaftsstandort und die Tourismusdestination. Seit zehn Jahren beteiligen sich österreichische Gemeinden am Auditierungsprozeß des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und der Familie und Beruf GmbH in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund.

Das Audit "FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE" ist ein kommunalpolitischer Prozeß, in dem die vorhandenen familienfreundlichen Maßnahmen festgestellt und umfassend dargestellt werden und unter Einbindung aller Generationen und Fraktionen neue Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit der Gemeinde entwickelt werden.

Mit aktiver Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen werden auf Basis der vorhandenen familienfreundlichen Angebote weitere Verbesserungen gezielt entwickelt. Dies fördert auch die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen. Das Audit dient auch als effizientes Evaluierungs- und Controllinginstrument.

Nach Beschluss des Gemeinderates werden die Auditierungsmaßnahmen innerhalb von drei Jahren umgesetzt. Die Gemeinde wird daraufhin für ihre Familienfreundlichkeit von der Republik Österreich mit dem Gütezeichen "FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE" ausgezeichnet und kann ein Zusatzschild zu den Ortstafeln führen.

Die Stadt Graz kann bereits mit zahlreichen familienfreundlichen Angeboten aufwarten und ist daher in hohem Maße prädestiniert am Audit FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE teilzunehmen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A N T R A G :

Der Gemeinderat wolle die Teilnahme am Audit FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE beschließen.

GR. Mag. Andreas Molnár

24.06.2010

A N T R A G

Betr.: Graffiti - Erzherzog Johann Brücke

Seit längerer Zeit befindet sich ein unansehnliches Graffiti auf der Nordseite des Trägers der Erzherzog Johann Brücke und verunstaltet diesen von Fußgängern und Erholungssuchenden stark frequentierten Bereich der Muruferpromenade.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, dieses Graffiti zu entfernen und zu prüfen, ob ihm Zuge von City of Design eine künstlerische Gestaltung des Trägers möglich wäre.

GR. Mag. Karl Christian KVAS

24.06.2010

A N T R A G

Betr.: Kürzung der Bäume auf der Liegenschaft des Schülerhortes Kloiberweg -
(im Bereich der Straße „Am Mühlgraben“) in Graz-Liebenau

Wälder bzw. Bäume sind auf unserer Erde ein unverzichtbares Gut, weil sie das Klima wesentlich beeinflussen. Viele Grundstückseigentümer bzw. –besitzer in Graz pflanzen Bäume und hegen sowie pflegen diese vorbildlich. Auch die Stadt Graz besitzt zahlreiche Liegenschaften auf denen zahlreiche Bäume wachsen.

Die im Eigentum der Stadt Graz stehende Liegenschaft des Kindergartens bzw. Schüler/Innenhortes Kloiberweg in Graz-Liebenau wird teilweise von der Straße „Am Mühlgraben“ begrenzt. In diesem Bereich der Liegenschaft wachsen entlang der Grundgrenze Bäume, die ungefähr 25 Meter hoch sind und im Falle eines schweren Sturmes umfallen könnten und in diesem Falle den angrenzenden Häusern schweren Sachschaden zufügen würden bzw. das Leben der in den Einfamilienhäusern wohnenden Personen gefährden würde. Damit die Gefährdung von Sachgütern und Menschenleben in diesem Bereich im Vorfeld ausgeschlossen werden kann, müssten die dort wachsenden Bäume in der Höhe einer adäquaten Kürzung unterzogen werden.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclub den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass die zuständige Magistratsabteilung die Bäume auf der Liegenschaft „Kindergarten bzw. Schüler/Innenhort Kloiberweg“ im Bereich der Straße „Am Mühlgraben“ der Höhe nach soweit kürzen, dass auch im Falle des Umfallens der Bäume durch einen Sturm weder Sachgüter noch Menschenleben gefährdet werden können.

GR. Mag. Mario KOWALD

25.3.2010

A N T R A G

Betr.: Fortbestand des Behindertenbeirates

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Der Behindertenbeirat stellte sich in den vergangenen Jahren als die wertvollste Schnittstelle zwischen Menschen mit Behinderung, der Politik und der öffentlichen Verwaltung heraus und führte in regelmäßigen Abständen vier bis fünf mal jährlich Sitzungen im Stadtsenatssitzungssaal durch, die von rd. 20 bis 40 Personen besucht wurden.

Der Behindertenbeirat diente auch zum Informationsaustausch zwischen Behindertenverbänden, Organisationen und Firmen, die für Menschen mit Behinderung gerade eine Neuheit entwickelten.

Im vergangenen Jahr fanden die Sitzungen seltener statt und oft werde ich als Behindertensprecher mit der Bitte konfrontiert, mich um diesen wertvollen Beirat für Menschen mit Behinderung in unserer „Stadt der Menschenrechte“ einzusetzen. Wir möchten diesem Namen auch gerecht werden.

Es ist notwendig im Vorhinein für die kommenden Sitzungen jeweils ein Schwerpunktthema festzulegen, damit sich die TeilnehmerInnen nach einem allgemeinen Teil in jeder Sitzung auf unterschiedliche Themen vorbereiten können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Die für Soziales zuständige Stadträtin Elke Edlinger wird aufgefordert, den Behindertenbeirat als regelmäßig tagende Einrichtung weiter am Leben zu erhalten und sich im Vorhinein um Themenschwerpunkte für das kommende Jahr zu bemühen.

GR. Gerald de Montmorency
GR Kurt Hohensinner

24.06.2010

A N T R A G

Betr.: Evaluierung der Fahrplanintervalle und Auslastung bei
sämtlichen Tangentiallinien

Die seit Jahren bestens angenommenen Tangentiallinien verkehren seit Jahren in einem – überwiegend - 15 Minuten Intervall. Dies führt vor allem während der Stoßzeiten zu Kapazitätsengpässen und ist auch die Wartezeit für die Fahrgäste relativ lange. Im Hinblick auf die weitere Attraktivierung des Angebots der GVB ist die Prüfung einer Intervallverdichtung auf zumindest 10 Minuten bzw. je nach Bedarf - unter Einbeziehung der entsprechenden Anschlüsse - zu veranlassen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen an die GVB mit dem Ersuchen herantreten, den Bedarf auf den Tangentiallinien zu evaluieren, die Kosten aufzulisten, um so eine weitere Attraktivierung des ÖV zu ermöglichen. Die Ergebnisse mögen bei den Verhandlungen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs berücksichtigt werden.

GR. Mag. Verena Ennemoser

24.06.2010

Betr.: Gesundheitsvorsorge MigrantInnen

Die Gesundheitsversorgung von MigrantInnen ist oftmals nicht ausreichend. Ein Grund hierfür sind Verständigungsprobleme zwischen Arzt und Patient mit Migrationshintergrund. MigrantInnen mit unzureichenden Deutschkenntnissen fällt es oft schwer, ihre Beschwerden und ihre Krankheitsgeschichte präzise zu beschreiben. Dies wiederum erschwert die Diagnose und dementsprechend die Verordnung einer angemessenen Therapie.

Ein einfaches Mittel die Kommunikation zu erleichtern, wären allgemeine Informationen zum Gesundheitssystem und zur Gesundheitsvorsorge für MigrantInnen zu übersetzen. Dies muss nicht ein teurer Hochglanzfolder sein, sondern kann ähnlich der Impfinformation einfach gestaltet sein.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

das Gesundheitsamt wird beauftragt, zur Verbesserung bzw. Erleichterung der Kommunikation einfache Informationen über Gesundheitsvorsorge und allgemeine Information des Gesundheitssystems - ähnlich wie die der Impfinformation - in die in Graz gängigsten Sprachen zu übersetzen und den MigrantInnen zur Verfügung zu stellen.

GR Mag.a Verena Ennemoser

22.04.2010

Betr.: Erstellung einer Statistikplattform

Aufgrund der großen Nachfrage statistischer Daten zu allen Bereichen der Stadt Graz, besteht die Notwendigkeit diese zusammenzustellen, zu harmonisieren und Interessierten bereit zu stellen. Dies ist am einfachsten mittels einer Statistikplattform möglich. Zentrales Ziel dieser Statistikplattform besteht darin, die Struktur der Stadt sowie ihre Entwicklungschancen anhand verschiedener Themenbereiche und Indikatoren herauszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern sowie weiteren interessierten Personen und Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Im Mittelpunkt sollte die Zusammenstellung und Analyse aktueller statistischer Daten zu verschiedenen Themenfeldern wie etwa Demographie, Tourismus und Bildung stehen. Soweit wie möglich sollte die Harmonisierung des national verfügbaren Datenmaterials, respektive die Bereitstellung von Informationen zur Vergleichbarkeit des Materials erfolgen. Idealerweise sollte die Bereitstellung der Resultate auf der Homepage der Stadt Graz und in Form von Printpublikationen erfolgen.

Daher stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Das Präsidialamt der Stadt Graz soll mit dem Projekt „Statistikplattform“ beauftragt werden und in Kooperation mit den betroffenen Abteilungen einen Umsetzungsvorschlag bis zum Herbst des heurigen Jahres ausarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Hundewiesen

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 24. Juni 2010**

In letzter Zeit häufen sich Klagen über unzumutbare Lärmbelästigungen, die durch konzentriertes Hundegebell auf den sogenannten Hundewiesen hervorgerufen werden.

Diese Situation betrifft die Hundewiese im Augarten, wo sich vor allem die BewohnerInnen der angrenzenden Neuholdaugasse in ihrer Ruhe gestört fühlen und sich eine Verlegung dieser Hundewiese an die Mur wünschen.

Ähnliche Beschwerden dieser Art gibt es auch rund um den St. Johannes-Park im Bezirk Gries.

Namens des Sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständige Magistratsabteilung möge in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksräten nicht nur die beiden genannten Hundewiesen, sondern alle Hundewiesen hinsichtlich ihrer „Tauglichkeit“ bzw. Absiedlung begutachten bzw. einer neuerlichen Prüfung unterziehen.

Betreff: Raschere Bestellung einer
Sachwalterschaft



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel
in der Sitzung des Gemeinderates am 24.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In unserer Gesellschaft, die sich durch eine steigende Lebenserwartung auszeichnet, ist die Betreuung von alten und/oder betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen besonders wichtig. Wenn diese psychisch krank oder geistig behindert und daher nicht mehr in der Lage sind, ihre Geschäfte ohne Nachteil für sich wahrzunehmen, wird bei Gericht ein/e Sachwalter/in bestellt. Sie/er übernimmt dann die gesetzliche Vertretung der Person und die Besorgung aller oder einzelner Angelegenheiten der betroffenen Person. Diese gesetzliche Vertretung ist seit 1984 im Rahmen der Sachwalterschaft geregelt.

Die Hauptgruppe jener Personen, für die ein Sachwalterverfahren angeregt wird, ist über 70 Jahre alt und es handelt sich dabei zu zwei Drittel um allein stehende Personen.

Die Studien des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie rechnen mit einem weiteren jährlichen Wachstum von mindestens 20 % bei den Neubestellungen in den kommenden Jahren.

Gerade auch im stationären Bereich ist ein größerer Bedarf durch psychisch-geistige Behinderungen und der zunehmenden Multimorbidität erkennbar. Ein steigender

Bedarf ist auf Grund der steigenden Lebenserwartung und dem Anstieg im Bereich der Hochaltrigkeit und dem damit verbundenen Risiko einer Demenzerkrankung weiter zu erwarten.

Bereits heute müssen Menschen durchschnittlich 3 - 4 Monate warten, bis es zu einer Bestellung einer/s Sachwalterin/s kommt, in Einzelfällen dauert das Bestellungsverfahren sechs Monate und länger!

Diese langen Wartezeiten bis zur Vertretung ihrer Interessen führen gerade bei den älteren und dementen Menschen sehr oft zu schwerwiegenden Problemstellungen, teils auch zu einer Gefährdung in der Versorgungssicherheit und zu kritischen Betreuungssituationen, da die mangelnde Selbstbestimmung gegenüber notwendigen Betreuungserfordernissen oft in Konkurrenz steht.

Daher stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Bundesregierung herantreten, mit der Aufforderung, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer rascheren Bestellung von SachwalterInnen führen.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Gemeinsamer Antrag an den Gemeinderat von Die Grünen – ALG und KPÖ

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010

von GRⁱⁿ Mag.^a Daniela Grabe

Betrifft: Einführung von Einwegpfand zur Reduzierung von Abfällen im öffentlichen Raum – Petition an den Bundesgesetzgeber

"Littering", also das achtlose Wegwerfen und Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum, stellt eine der besonders ärgerlichen, da an sich leicht vermeidbaren "Zivilisationskrankheiten" unserer Gesellschaft, insbesondere in stark frequentierten Ballungsräumen, dar.

"Litterung", so der Fachbegriff, ist keinesfalls ein „Kavaliersdelikt“, sondern ruft zu Recht den Unmut von AnrainerInnen hervor. Auch in Graz häufen sich die Beschwerden über achtlos weggeworfenen Abfall, insbesondere im Universitäts-Viertel und im Stadtpark.

Abfall fügt Flora und Fauna – speziell an schwerer zugänglichen Stellen – einen immensen ökologischen Schaden zu und belastet die Natur über Jahre und Jahrzehnte, bei Plastikflaschen und Aludosen sogar über Jahrhunderte (Zigarettenstummel und Kaugummi: ca. 5 Jahre, Tetrapack: 50 Jahre, Plastikflaschen: 300 Jahre, Aludosen: 500 Jahre).

Ein Großteil dieser Schäden wird also durch nicht ordnungsgemäß entsorgte Verpackungsgebilde verursacht, speziell durch Plastikflaschen und andere Getränkeverpackungen. Sinkende Mehrwegquoten bei Behältnissen dieser Art bestätigen diesen Befund. Für die Kommunen bedeutet diese Entwicklung durch den steigenden Aufwand für Reinigung eine zusätzliche finanzielle Belastung.

Andere Länder – wie etwa die Bundesrepublik Deutschland (seit dem 1.1.2003), aber auch Norwegen, Schweden, Dänemark, und Estland treten dem Wegwerfen und Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum durch spezielle Einkaufs-Pfandregelungen für Getränkeverpackungen entgegen ("Dosenpfand", also Pfand auf Einwegverpackungen von Getränken, die üblicherweise auch in

Mehrwegflaschen angeboten werden), mit denen über einen sanften finanziellen Druck die Bevölkerung dazu gebracht wird, entleerte Getränkeverpackungen wieder in die Herkunftsgeschäfte zurückzubringen, damit sie von dort aus einer ordnungsgemäßen Entsorgung bzw. Wiederverwertung zugeführt werden können.

Eine solche Regelung ist auch sozial verträglich, steuern doch die KonsumentInnen ihre Kosten selbstbestimmt: Diejenigen, die ihre Getränkeverpackungen zurückbringen, zahlen netto nichts, die anderen verlieren – beispielsweise in Deutschland - 25 Cent pro Flasche oder Dose.

Daher wäre eine solche Regelung für Österreich im höchsten Maße zu begrüßen und über eine entsprechende gesetzliche Maßnahme auf Bundesebene zu realisieren.

Daher stelle ich hiermit im Namen der Grünen - Alternative Liste Graz und der KPÖ den

Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge auf dem Petitionsweg an die österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen herantreten, dem achtlosen, die Umwelt schädigenden und die Kommunen finanziell belastenden Wegwerfen und Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum ("Littering") durch spezielle Einkauf-Pfandregelungen für Einweg-Getränkeverpackungen – in Anlehnung an entsprechende bewährte vergleichbare Regelungen wie etwa in Deutschland oder im skandinavischen Raum – entgegenzutreten.

Antrag an den Gemeinderat

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010

von GRⁱⁿ Mag.^a Daniela Grabe

Betrifft: Kunst von Frauen im öffentlichen Raum - Kunst am Bau von Frauen

Kunst von Frauen im öffentlichen Raum ist – teilweise aufgrund von unterschiedlichen Zuständigkeiten - unterrepräsentiert. So gibt es auch in Graz nur sehr wenige Werke von Frauen, denen durch Präsentation im öffentlichen Raum eine entsprechende Aufmerksamkeit zukommen kann.

Umso bedauerlicher ist es, dass auch diese wenigen Kunstwerke nur teilweise gut gewartet sind und sich sogar langjährig bestehende Objekte in einem desolaten Zustand befinden oder „einfach“ aus dem öffentlichen Raum entfernt wurden. Manche Objekte werden nur deshalb gewartet, weil sich die Künstlerin selbst laufend darum bemüht.

Ein Beispiel für diesen unwürdigen und unachtsamen Umgang mit Kunst von Frauen im öffentlichen Raum ist etwa die Frauennotruf-Skulptur von Veronika Dreier. Diese wurde im Jahr 2000 im Zuge einer Spielplatzerrichtung ohne jegliche Vorinformation in ein städtisches Depot verräumt.

Weitere Beispiele sind das, sich allerdings in Landeszuständigkeit befindliche, Ehrenring-Denkmal von Barbara Baur-Edlinger für Oktavia Aigner-Rollett, die erste Frau, die ein Medizinstudium an der Grazer Universität absolvieren durfte oder auch einzelne, der im Kulturstadtjahr 2003 errichteten "WOMENT!"-Erinnerungstafeln zur Sichtbarmachung von Frauen in, aus und um Graz der InitiatorInnen Bettina Behr, Ilse Wieser und Brigitte Dorfer.

Dass Kunstwerke verräumt und Tafeln entfernt werden, ohne dass mit der jeweiligen Künstlerin über das künstlerische Gesamtkonzept, einen Ersatzstandort oder sonstige, ihrem Kreativ-Eigentum angemessene Adaptionmöglichkeiten gesprochen wurde, widerspricht dem Respekt vor den

Künstlerinnen und der Qualität ihrer Arbeiten.

Daher stelle ich folgenden

Antrag

Der Kulturstadtrat wird ersucht, das Kulturamt der Stadt Graz zu beauftragen:

1. Die erfreulicherweise bereits begonnenen Bemühungen, die "WOMENT!"-Erinnerungstafeln vollständig wieder herzustellen bzw. neu anbringen zu lassen, fortzusetzen.
2. Gesprächsrunden mit KünstlerInnen und ArchitektInnen zu initiieren, um Kunst von Frauen im öffentlichen Raum und am Bau, speziell in den von der Stadt Graz in Auftrag gegebenen Bauten, zu fördern.
3. Ein Konzept für die Einrichtung einer Gebietskörperschaften-übergreifenden Stelle zu erarbeiten, die den Bestand von Kunstwerken im öffentlichen Raum erfasst, sowie deren Zustand, Aufstellungsorte und Wartungsbedarf dokumentiert

und bis Oktober 2010 dem Gemeinderat darüber zu berichten.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag an den Gemeinderat

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010

von Gemeinderätin Sigrid Binder

Betrifft: Interkulturelle Öffnung des Hauses Graz

Graz ist eine Einwanderungsstadt, dieser Befund steht außer Frage. Der Bevölkerungszuwachs ist in Graz, wie auch im übrigen Österreich, vorrangig auf Zuwanderung zurück zu führen. Rund ein Fünftel aller Grazerinnen und Grazer haben einen Migrationshintergrund (ausländische StaatsbürgerInnen und Eingebürgerte).

Das Integrationsthema ist nicht erst seit heute eine der zentralsten kommunalen Herausforderungen, die sich in folgenden Fragestellungen umreißen lässt:

- 1) Was trägt die Stadt Graz bei, um die Chancen aller hier lebenden Menschen auf Bildung, Arbeit, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Beteiligung zu erhöhen?
- 2) Wie können die Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund besser eingesetzt und genutzt werden?
- 3) Wie muss sich die Stadtverwaltung verändern, um den Herausforderungen einer sich wandelnden, vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden?

Integration ist nicht nur ein Thema für NGOs und Integrationsvereine, die gesamte Stadtverwaltung ist gefordert, sich den Herausforderungen einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft zu stellen. Um erfolgreich zu sein, braucht die Stadt die Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund.

Die derzeitige Rechtslage erlaubt zwar nur in Ausnahmefällen die Aufnahme von ausländischen StaatsbürgerInnen in den öffentlichen Dienst, jedoch leben in Graz viele Menschen mit Migrationshintergrund, die schon eingebürgert sind und daher die gleichen Zugangsvoraussetzungen haben. Menschen mit Migrationshintergrund bringen wesentliche Kompetenzen mit, die für die Stadtverwaltung wichtig sind, wie etwa die Kenntnisse von Sprachen der migrantischen Bevölkerung in Graz oder den Zugang zu Menschen aus anderen Kulturkreisen.

In vielen Bereichen könnte durch die Aufnahme von Personen mit Migrationshintergrund mit entsprechenden Sprachkenntnissen das Service für Bürger und Bürgerinnen verbessert und die Arbeit der Stadtverwaltung weiter professionalisiert werden.

Beispiele dafür sind die Angebote im BürgerInnenamt, aber auch die sozialarbeiterischen Tätigkeiten im Bereich des Sozialamtes oder des Jugendamtes.

Für die interkulturelle Öffnung des Hauses Graz bedarf es einer gezielten Strategie, die entsprechende Konzepte im Bereich der Personalaquirierung, Personalaufnahme und Personalentwicklung enthält. Interkulturelle Öffnung stellt eine Leitungsaufgabe in den jeweiligen Abteilungen des Magistrats bzw. in den städtischen Betrieben und Beteiligungen dar. Sie kann nicht an Beauftragte ohne Durchsetzungsmacht oder an einzelne Fachstellen delegiert werden.

Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der für das Personal und die städtischen Beteiligungen zuständige Stadtrat D.I. Dr. Gerhard Rüscher wird ersucht, die zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur interkulturellen Öffnung des Magistrats Graz und seiner Beteiligungen bis Oktober 2010 zu erstellen. Bei der Erstellung dieses Konzeptes sind das Integrationsreferat sowie der MigrantInnenbeirat der Stadt Graz einzubeziehen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Gemeinderätin Ingeborg Bergmann

24. Juni 2010

Antrag

Betrifft: Errichtung eines Fußgängerüberganges in der Eckertstraße Kreuzung Absengerstraße

Vor einigen Monaten wurde die Eckertstraße in Eggenberg einer umfassenden Sanierung unterzogen. Die Bauarbeiten sind bereits seit einiger Zeit abgeschlossen, doch leider wurde der Fußgängerübergang im Bereich der oben genannten Kreuzung nicht wieder errichtet.

Da an dieser Stelle auch die Haltestellen der Strassenbahnlinie 7 angesiedelt sind, überqueren dort viele ältere Menschen aus dem nahe gelegenen Seniorenheim die Eckertstraße. Gerade von älteren BürgerInnen, welche die Straße nicht so schnell queren können, wurde die Bitte nach Wiedererrichtung des Fußgängerüberganges an uns herangetragen.

Aufgrund von Nachfragen bei den zuständigen Ämtern und Stellen der Stadt Graz wurde uns mitgeteilt, dass in diesem Bereich wegen der Haltestellen aus Sicherheitsgründen kein Fußgängerübergang ohne Signallichtanlage mehr errichtet werden kann.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz wie auch die dafür zuständige Stadtsenatsreferentin werden beauftragt, die Errichtung eines Fußgängerüberganges in der Eckertstraße Kreuzung Absengerstraße nochmals zu prüfen und eine Möglichkeit zu finden, diesen zu installieren. Sollte keine andere Möglichkeit bestehen, ist dafür Vorsorge zu treffen, dass solch ein gesicherter Übergang einschließlich Signallichtanlage errichtet wird.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152

0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

24. Juni 2010

Antrag

Betrifft: Keine weiteren Verkäufe von Gemeindewohnungen

498 Wohnobjekte mit 4.172 Wohnungen befinden sich derzeit im Eigentum der Stadt Graz. Im Jahr 1989 hat der Gemeinderat beschlossen, dass Gemeindewohnungen an deren MieterInnen auch verkauft werden können.

Daraufhin wurden 106 Objekte parifiziert und an 1072 Wohnungen Wohnungseigentum begründet. Seit Beginn der Wohnungsverkäufe an GemeindemieterInnen im Jahr 1992 hat die Stadt Graz mittlerweile 127 Wohnungen veräußert.

Mit Stand 23.6.2010 sind im Amt für Wohnungsangelegenheiten 1694 WohnungswerberInnen vorgemerkt. Dieser Zahl stehen 53 freie Wohnungen gegenüber. Im aktuellen Regierungsübereinkommen wurde zwar festgelegt, dass bis zum Ende der Funktionsperiode 2013 fünfhundert neue Gemeindewohnungen entstehen sollen. Dennoch ist es aufgrund des eklatanten Missverhältnisses zwischen WohnungswerberInnen und freien Wohnungen von enormer Wichtigkeit, dass bis auf weiteres keine Wohnungen mehr veräußert werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ Gemeinderatsklubs den

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, bis zur Fertigstellung der im Regierungsübereinkommen festgeschriebenen 500 Gemeindewohnungen werden keine weiteren Gemeindewohnungen mehr veräußert.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

24. Juni 2010

Antrag

Betrifft: Subvention für den Verein „Die Schwalbe“

Der Verein „Die Schwalbe“ in Graz ist eine Wohn- und Beschäftigungsinitiative für Frauen in Lebenskrisen, der im Herbst 2008 von zwei selbst Betroffenen gegründet wurde. Dank einer Startförderung des Gesundheitsressorts des Landes Steiermark konnte das Wohnhaus „Die Schwalbe“ im Juni 2009 eröffnet werden. Seit Beginn dieses Jahres finanziert sich der Verein allerdings ausschließlich aus Spendengeldern. Aus diesem Grund ist der Weiterbestand des Vereins und seiner wichtigen Arbeit ziemlich gefährdet.

Ziel des Vereins ist es, maximal 7 Frauen, die insbesondere vom LSF oder LKH/Psychiatrie zugewiesen werden, im Haus aufzunehmen, um ihnen in einer schwierigen Lebenssituation eine Stabilisierungsphase und Hilfestellungen bezüglich gewünschter Veränderungen in ihrem Leben zu ermöglichen. Die Frauen können dort wohnen, den Garten bewirtschaften oder sich beim Süßspeisen- und Fingerfoodcatering beteiligen. Außerdem wird im Bedarfsfall Sozialbegleitung angeboten, um die Frauen bei allen Belangen in Bezug auf Ämter und Behörden zu unterstützen und sie Schritt für Schritt wieder an ein selbstbestimmtes Leben heranzuführen. Das schließt mit ein, die Wohnfähigkeit zu erreichen, die Rückkehr an einen Arbeitsplatz zu ermöglichen oder die Teilnahme an einer Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahme zu beginnen. Die Aufenthaltsdauer der Frauen liegt bei einem Jahr und kann gegebenenfalls auch verlängert werden. Die Wohn- und Beschäftigungsinitiative für Frauen hat sich seit ihrem Bestehen als wichtige Anlaufstelle für Frauen mit psychischen Erkrankungen herausentwickelt und leistet ausgezeichnete Arbeit, die insbesondere durch eine Subvention der Stadt abgesichert werden muss.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Verein „Die Schwalbe“ eine kontinuierliche Subvention durch die Stadt Graz zur Unterstützung der Arbeit mit Frauen in Lebenskrisen erhält.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

24. Juni 2010

Antrag

Betrifft: Areal der Hummelkaserne nicht teilen

Betreffend das Areal der Hummelkaserne (ca. 6,25 ha) hat sich die Grazer KPÖ immer wieder für den Ankauf und die Verwirklichung in öffentlichen Diensten und sozialem Wohnbau eingesetzt. Mehrere Anträge haben in der Folge zu einstimmigen Beschlüssen im Grazer Gemeinderat und Vorstelligwerden beim Eigentümer, der Republik Österreich/ Verteidigungsressort geführt, das Areal zu erwerben.

Jetzt sieht es so aus, dass die Immobiliengesellschaft des Bundesheeres SIVBEG und in der Kontrollverantwortung die Finanzprokuratur nur die eine Hälfte an die Stadt Graz für die öffentlichen Aufgabe des sozialen Wohnbaus verkaufen wollen, die andere Hälfte soll an Private verkauft werden, um offenbar höhere Erlöse zu erzielen.

Da aber auch nördlich davon für das Areal Reininghaus einerseits höhere Preise bezahlt werden und andererseits für notwendige Ergänzungseinrichtungen Flächen zur Verfügung stehen müssen, darunter

- Feuerwehrezufahrt von der Pfitznergasse,
- Straßenbahn-Umkehrschleife durch eine Straßenbahn-Linie durch die Reininghausgründe zum Netzschluss mit den Haltestellen der Buslinien 31 und einer Nord-Süd-Busverbindung durch das Reininghaus-Areal,
- Kinderkrippe-Kindergarten
- ein notwendiger Stadtplatz wegen der sonst zu dichten Verbauungen,

müssen Ergänzungsflächen im Städtebau zur Verfügung gestellt werden.

Die wichtigste Entscheidung liegt aber darin, dass die Hummelkaserne gemeinsam mit Reininghaus als EIN GEBIET betrachtet werden und ein ZAUN zwischen den beiden Teilflächen des Hummelkasernenareals von Westen nach Osten auf einer Länge von praktisch 150 Metern unbedingt vermieden werden muss. Es gibt private Mitinteressenten für das Areal, von denen ein solches Vorgehen zu erwarten ist.

Es geht vielmehr darum, die Einheit des Gebietes zu gewährleisten sowie notwendige Einrichtungen für Infrastrukturen und eine städtebauliche Ergänzung für den sozialen Wohnbau im Norden zu garantieren.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz und die GBG werden ersucht, das Areal der Hummelkaserne nach Möglichkeit zur Gänze zu erwerben oder aber – wenn dies nicht möglich sein sollte – darauf zu dringen, dass die an Private verkaufte Teilfläche nicht durch einen Zaun von den angrenzenden Flächen der Hummelkaserne und der Reininghausgründe abgetrennt wird.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

24.06.2010

Antrag

Betrifft: **Ferienticket - Sofortige Rücknahme der Tarifierhöhung**

Keine große Freude macht sozial schwächeren Eltern von Kindern und Jugendlichen die negative Preisgestaltung beim „neuen“ Ferienticket.

Das Ferienticket gilt heuer zwar erstmals in den Ferienmonaten ohne Zeitbegrenzung – statt erst ab 8.30 Uhr wie in den vergangenen Jahren – und ist auch für Jugendliche bis 20 Jahre gültig, doch dafür gibt's eine saftige Preiserhöhung. Kostete das Ferienticket voriges Jahr noch €19,90, so sind für das heurige Jahr dafür €39,90 zu berappen! Des Weiteren ist der Erwerb eines Ferientickets für Fahrten mit der Bahn nur in Verbindung mit der ÖBB-Vorteilscard möglich, für welche nochmals €19,90 auf den Tisch zu legen sind. Das macht in Summe eine finanzielle Belastung von €59,80 für den Erwerb eines einzigen Ferientickets!

Die wenigen neuen Vorteile rechtfertigen jedoch auf keinen Fall eine Preissteigerung von ca. 100 %!!

Gerade sind es Jugendliche aus Familien mit geringerem Einkommen, die vermehrt Ferialjobs zur Aufbesserung des Familieneinkommens in Anspruch nehmen. Für diese bedeutet die Preiserhöhung eine neuerliche eklatante finanzielle Belastung und sie sind somit wieder einmal benachteiligt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats, die Verkehrsreferentin und die Sozialstadträtin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die eklatante unsoziale Preiserhöhung beim Ferienticket noch vor Beginn der Ferienzeit zurückzunehmen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010 von Herrn
Gemeinderat **Christoph Hötzl**

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 24.06.2010

Betreff: Fixe Errichtung einer digitalen Geschwindigkeits-Messanlage bei der
Waldorfschule in der St. Peter Hauptstraße
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund meines Antrages in der Gemeinderatssitzung vom 25.03.2010 wurde an der im Betreff erwähnten Örtlichkeit umgehend eine mobile Geschwindigkeits-Messanlage aufgestellt. Ich konnte mittlerweile mehrmals vor Ort feststellen, dass sehr viele Verkehrsteilnehmer aufgrund der angezeigten Geschwindigkeit ihr Tempo tatsächlich reduzieren, weshalb das verkehrstechnische Gefahrenpotential vor der Waldorfschule gesunken ist. Eine derartige Anlage zielt nicht darauf ab zu bestrafen und zu kassieren, sondern dient speziell vor Schulen direkt der Vermeidung von Unfällen, verursacht durch erhöhte Geschwindigkeit.

Daher stelle ich nun namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zuge der Generalsanierung der St. Peter Hauptstraße soll die mobile Geschwindigkeits-Messanlage vor der Waldorfschule in der St. Peter Hauptstraße ortsfest montiert werden.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010 von Herrn Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

Betreff: Verlegung der Beginnzeit für die Straßenreinigung
Antrag

Graz, 24.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gerade im Frühling ist die Straßenreinigung eine verantwortungsvolle Leistung der Stadt Graz, um die Rückstände des Winterdienstes zu beseitigen. Die fleißigen Mitarbeiter der Grazer Wirtschaftsbetriebe beginnen mit dieser Tätigkeit mitunter bereits um 7 Uhr. Besonders an Montagen herrscht aber um diese Zeit reger Verkehr, da zahlreiche Verkehrsteilnehmer zur Schule oder Arbeit anfahren. Die Straßensäuberungen erzeugen dann zusätzliche Stauungen, die Radfahrer, Autofahrer und GVB-Fahrgäste ärgern.

Auch die Arbeiter der Wirtschaftsbetriebe sind beim Reinigen einer größeren Stressbelastung ausgesetzt und sind mit zahlreichen Unmutsäußerungen konfrontiert. Beobachtet wurde Derartiges wiederholt bei Reinigungsarbeiten im Herz-Jesu-Viertel an einem Montagmorgen im Mai. Zähflüssiger Verkehr war die Folge. Besser wäre es, den Beginn der Reinigungsarbeiten auf 9:30 Uhr zu verschieben, da sich die Verkehrsströme dann wieder beruhigt haben.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die Beginnzeiten für Straßenreinigungsarbeiten auf eine spätere Uhrzeit zu verlegen.

Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.06.2010 von
Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, 24.06.2010

Betrifft: Müllkübel bzw. Müllbehälter in der Elisabethstraße
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Über die Lärmbelästigung aus Sicht der Bewohner in der Elisabethstraße wurde an dieser Stelle schon oft diskutiert bzw. berichtet. Auch bei der heutigen GR-Sitzung wird dieses Problem Lärm noch Thema sein.

Über das Problem der Lärmbelästigung hinaus gleicht die Elisabethstraße vor allem an Samstagen und Sonntagen in den frühen Morgenstunden einer Müllhalde. Immer mehr Besucher der verschiedenen Lokale konsumieren „vor der Tür“ Selbstmitgebrachtes oder in der Umgebung gekaufte Essen und Trinken. Die Reste wie Flaschen, Papier und Pizzaschachteln werden einfach am Boden entsorgt. Zurzeit besteht auch keine andere Möglichkeit, da es nicht zu erwarten ist, dass die „nächtlichen Gäste“ des Univiertels ihren Müll wieder mit nach Hause nehmen.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher nachstehenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz, insbesondere der Wirtschaftshof, werden aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen, auf beiden Seiten der Elisabethstraße je drei Mülltonnen aufzustellen und diese in den Morgenstunden zu entleeren. Wobei mir bewusst ist, dass die Mülltonnen fixiert werden müssen, um ein „Verstellen“ zu vermeiden.

ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck, Mag. Gerhard Mariacher und Gerald Grosz
**betreffend Freifahrten der öffentlichen Grazer Verkehrsmittel vor und nach
Veranstaltungen**

Auch in diesem Sommer steht den Grazerinnen und Grazern sowie den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt ein vielfältiges Angebot an kulturellen Events und an Konzerten internationaler „Topacts“, vom beliebten Jazzsommer in den Schlossbergkasematten bis zu den weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten Kulturfestivals zur Auswahl.

Die Kulturhauptstadt Graz hat aber leider noch immer nicht jene Erfolgsrezepte übernommen, die hierzu in anderen erfolgreichen Städten schon längst Gang und Gebe sind. In diesen Vergleichsstädten dient nämlich die Eintrittskarte zu einer Veranstaltung gleichzeitig als Ticket für das kommunale öffentliche Verkehrsmittel, das damit in einem bestimmten Zeitraum vor und nach der betreffenden Veranstaltung benützt werden kann. Die bisherige und in jedem Belangen unfaire Lösung in Graz bezieht sich hingegen nur auf einen Veranstaltungsort und kommt nur dann zur Wirkung, wenn der Veranstalter einen entsprechenden Mehrpreis für die Eintrittskarten verrechnet.

In Zeiten vermehrter Feinstaub- und Verkehrsbelastung, muss die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs oberstes Ziel der Stadtverkehrsplaner sein. Es gilt also Angebote wie das dargestellte zu schaffen, um das Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern oder sogar „selbstverständlich“ zu machen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, die zuständigen Ämter zu beauftragen, mit den Betreibern der wesentlichen Grazer Veranstaltungsorte und Spielstätten und den Vertretern der Grazer Verkehrsbetriebe ein Modell zu entwickeln, dass die jeweiligen Eintrittskarten für Veranstaltungen auch als Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel (inklusive Schlossbergbahn und Schlossberglift) zum Veranstaltungsort hin und retour akzeptiert werden.

Der Zeitraum für diese Fahrten ist mit jeweils zwei Stunden vor und nach der Veranstaltung zu beschränken.

eingbracht am: 24.06.2010



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck, Mag. Gerhard Mariacher und Gerald Grosz
betreffend

Behebung einer eklatanten Gefahrerhöhung für Radfahrer am Murradweg

Der Wasserbauhof der Baubezirksleitung Graz-Umgebung hat im Sommer 2008 einen hohen Holzzaun entlang eines Teilstückes seiner Liegenschaft errichtet und dadurch für die Radfahrer in diesem Bereich eine uneinsehbare, lebensgefährliche Gefahrenstelle geschaffen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständigen Behörden der Stadt Graz mögen mit dem Leiter des Wasserbauhofs der Baubezirksleitung Graz-Umgebung Herrn Hofrat DI Manfred Gollner das Gespräch suchen, um ihn zur Behebung der im Antragstext beschriebenen Gefährdung zu bewegen.“

www.bzoe-graz.at

eingbracht am: 24.06.2010



ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Mag. Gerhard Mariacher, Georg Schröck und Gerald Grosz
betreffend

Errichtung eines STVO-konformen zumindest einseitigen Geh- und Radweges in der Alten Poststraße, zur Sanierung einer gegebenen Gefahrenstelle

Mehrfache Bürgerurgenzen wiesen auf eine massive Fußgänger-Problematik in der Alten-Poststraße, südlich des Zentralfriedhofs, insbesondere im Bereich zwischen der Hans-Groß-Straße und der Plachelhofstraße, aber auch weiter südlich, hin.

Aufgrund einer persönlichen Vor-Ort-Begehung zusammen mit dem Bezirksvorsteher-Stv. des Bezirkes Puntigam, Herrn Karl Kapper, war festzustellen, dass insbesondere zu Tagesrandzeiten und nächtens, sowie auch an Sonn- und Feiertagen, beidseitig umfassende Verparkungen insbesondere durch LKWs stattfinden. Dies schränkt die übrig verbleibende Fahrbahn massiv ein und führt speziell in Verbindung mit Alarmfahrten der in der Nähe befindlichen Feuerwache Süd zu einem sehr erheblichen Gefahrenpotential. Ganz besonders aber ist festzustellen, dass Fußgänger und Radfahrer vom Bankett in diesen „Restfahrweg“ gezwungen werden – was in dieser Form nicht hinnehmbar ist.

Gerade mit deren großen Einsatzfahrzeugen hat die Feuerwehr der Feuerwache Süd oftmals ihre liebe Not zwischen den beidseitig parkenden LKW-Kolonnen - speziell bei LKW-Gegenverkehr - durchzukommen, was zu Gefährdung und Zeitverlust führt.

Aufgrund offenkundiger Stadtplanungsfehler aus der Vergangenheit existiert in diesem Bereich eine Reihe hausgemachter Probleme, die die Sicherheit der ortsansässigen Bevölkerung gefährdet, den Verkehrsfluss und insbesondere die Einsatzkräfte der Feuerwehr behindert wird und die Wohnbevölkerung unter zunehmenden Verkehrslärm leiden lässt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die Bürgermeister-Stv. der Stadt Graz, Frau Lisa Rücker, wird aufgefordert, die Errichtung eines Geh- und Radweges an zumindest einer Seite der Alten Poststraße unter Berücksichtigung der Erfordernisse der örtlichen Wohnbevölkerung und der Einsatzkräfte der Feuerwache Süd und in wirtschaftspolitisch sinnvoller Umsetzung zu prüfen und darauf aufbauend geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des Schutzes der Fußgänger und Radfahrer in diesem Streckenabschnitt zu setzen. Auch ist zur

Eindämmung von Schnellfahrern ein bei Tag und Nacht umfassend ausgewiesener und markierter bzw. beleuchteter Fußgängerübergang gefahrmindernd anzudeuten“

www.bzoe-graz.at